

Eigenverantwortung und Hausverstand

Zwei Eigenschaften, die ich in der Corona-Krise schmerzlich vermisse

Von Dieter Grillmayer

„Wir dürfen wegen Corona nicht das Leben jedes Einzelnen überregulieren. Es braucht mehr den Fokus auf Eigenverantwortung und Hausverstand. Wir sind für wenige, aber dafür klare Regeln.“ – Dieser Satz stammt nicht von mir, wie einer meiner Freunde vermutet hat, sondern von Sebastian Kurz. (Quelle: „Kronenzeitung“ vom 27.05.20.) Das „Wir“ muss der pluralis maiestatis sein, wie der Lateiner sagt, denn „seine“ Bundesregierung kann er damit nicht gemeint haben. Was da allein bei den Regeln alles schief gelaufen ist, davon können (nicht nur) überforderte Polizisten ein Lied singen.

Diesen Kommentar habe ich Ende Juni auf meine Website (www.grillmayer-dieter.at) gesetzt und daher bezieht er sich vornehmlich auf die ersten vier Monate der Corona-Krise. Da hat zunächst alles recht vernünftig angefangen. Über die einhellige Zustimmung des Parlaments vom 15. März zum Covid-19-Gesetz („Shutdown“) habe ich mich gefreut, denn als Mathematiker wusste ich, dass das exponentielle Wachstum der Infiziertenzahlen mit dem Faktor $q = \sqrt[3]{2} \approx 1,26$ (Verdopplung innerhalb von drei Tagen) schnellstens reduziert werden müsse, um den Zusammenbruch unseres Gesundheitssystems zu verhindern. Dass der Bundeskanzler gleichzeitig intern die Parole ausgegeben hat, man müsse Angst erzeugen, damit unsere Landsleute das tun, was die Regierung für nötig hält, wurde erst später bekannt. Für die ersten 14 Tage des Ausnahmezustandes kann ich diese ethisch doch recht fragwürdige Strategie aber noch gelten lassen, danach nicht mehr. Da hat sich die Regierung, von den folgsamen Bürgern überrascht und von guten Umfragewerten beflügelt, nämlich in einen Rausch hinein gesteigert, der mehr auf Imagepflege denn auf Schadensbegrenzung aus war. Weiters wird die Unterstützung dieser Politik durch alle Mainstream-Medien und das Rote Kreuz zu thematisieren sein wie auch die Aussage des Gesundheitsministers, man müsse der Klima-Krise auf ähnliche Art und Weise zuleibe rücken. (Diese Verniedlichung des Ausnahmezustandes als ein Mittel der Politik kann wohl nur unter „gefährliche Drohung“ eingestuft werden.)

Datenlage und vergleichende Statistik

Die Probleme mit den Daten und der Statistik sollen hier nur gestreift werden. Zunächst hinsichtlich der Toten: Wieviele sind „an“ Corona gestorben und wieviele nur „mit“ dem Virus, aber aufgrund von ganz anderen Erkrankungen? Aller Voraussicht nach wird, zumindest in Österreich, die Corona-Krise in der über die Jahre geführten Sterbestatistik keine Spuren hinterlassen.

Und wieviele Menschen haben sich tatsächlich mit dem Virus infiziert? Denn lange Zeit wurden ja nur jene getestet, die sich „auf Verdacht“ gemeldet hatten. Die wirklichen Zahlen waren also in jedem Fall höher, und zwar je nach Testdichte bis zu einem Vielfachen der erhobenen Werte. Das ist unter anderem auch eine Folge natürlicher Immunität oder eines unspektakulären Krankheitsverlaufes. Allein deshalb schon ist es unseriös, die Begriffe „Infizierte“ und „Kranke“ synonym zu verwenden, weil das ein falsches Bild zeichnet.

Schließlich: Für internationale Vergleiche hinsichtlich von Infizierten und Toten kann, abgesehen von den ohnehin nicht überprüfbareren Angaben der einzelnen Länder, eigentlich nur die Einwohnerzahl herangezogen werden. Unterschiede bei den Prozentsätzen erklären sich neben den von den Regierungen getroffenen Maßnahmen aus Faktoren wie Disziplin und Le-

bensstil der Bevölkerung, woraus sich ganz gewiss auch der Grad der Anfälligkeit ableiten lässt, sowie aus der Qualität des Gesundheitssystems in den einzelnen Ländern.

Was man allen Bürgern über Corona hätte sagen müssen

Ich beziehe mich in diesem Abschnitt im Wesentlichen auf die im Internet abrufbaren Erkenntnisse des Robert-Koch-Instituts und die Erfahrungen der österr. AGES (Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit), einer Gesellschaft im Eigentum der Republik, mit dem Infektionsgeschehen. Das bundesdeutsche Koch-Institut gehört international zu den ersten Adressen hinsichtlich der Virenforschung und hat für das aktuelle Corona-Virus eine Basisreproduktionszahl $R(0)$ ermittelt, die zwischen 2,4 und 3,3 liegt. Bei Polio liegt diese Zahl zwischen 5 und 6, hinsichtlich der Masern zwischen 15 und 18. Allein diese Vergleichswerte lassen schon aufhorchen.

Die Zahl $R(0)$ gibt an, wieviele Menschen ein mit dem Virus infizierter Mensch im Durchschnitt ansteckt, wenn keinerlei Schutzmaßnahmen ergriffen werden. Die effektive Reproduktionszahl $R(t)$ ist dann eine Maßzahl für die Effizienz der Seuchenbekämpfung zum Zeitpunkt t . Für $R > 1$ nimmt die Zahl der Infizierten exponentiell zu mit einem Faktor $q > 1$, für $R < 1$ nimmt sie ab. (Mit dem zugehörigen Faktor $q < 1$ ließe sich dann z. B. die Halbwertszeit berechnen.)

Hinsichtlich der Weitergabe des Virus durch einen Infizierten fand die AGES heraus, dass das nahezu nur im direkten und meist längeren Gespräch oder durch Husten/Niesen erfolgt, so dass also dort, wo das möglich ist, das Einhalten entsprechender Abstände als Schutzmaßnahme ausreichen müsste. Zu berücksichtigen ist allerdings die Anreicherung der Luft mit Aerosolen als Virusträger bei größeren Gesellschaften in kleineren geschlossenen Räumen. Daher haben sich z. B. Chorproben in Innenräumen, wo noch dazu laufend exzessiv aus- und eingeatmet wird, als echte Gefahrenquelle erwiesen. Im Freien ist das Virus hingegen überhaupt nicht nachweisbar, ebenso nicht auf Türklinken, wie entsprechende Untersuchungen in einem total verseuchten Ort in Deutschland ergeben haben. Aber selbstverständlich ist das regelmäßige Händewaschen eine sinnvolle Maßnahme, schützt diese doch auch vor anderen Krankheitserregern, und Gleiches gilt für die Verwendung von Desinfektionsmitteln.

Für das Tragen einfacher Gesichtsmasken, welche nur die Abgabe von Viren verhindern können, bedeutet das, dass deren Verwendung nur dort geboten erscheint, wo Abstände nicht eingehalten werden können, also z. B. in vollgestopften öffentlichen Verkehrsmitteln. Beim Einkauf in großen Verkaufsräumen (z. B. Supermärkten) sollte hingegen das Abstandhalten und eine Glasbarriere bei den Kassen ausreichen. Im Freien lässt sich das Abstandhalten i. A. noch leichter bewerkstelligen und hätte man z. B. Gastgärten (mit entsprechenden Auflagen) viel früher wieder aufmachen können. Gleiches gilt wegen der heutzutage ohnehin geringen Gläubigen-Anzahl auch für Kirchenbesuche.

Anfang April: Beginn der Maskerade in Österreich

Unbeschadet der im letzten Absatz genannten Fakten hat unsere Bundesregierung zu Anfang April die Maskenpflicht eingeführt und laufend erweitert. Hätte sie wirklich auf Hausverstand und Eigenverantwortung gesetzt, dann wären erstens diese (von der AGES laufend dokumentierten) Fakten in ihre Beschlüsse wesentlich massiver eingeflossen als das tatsächlich geschehen ist, und zweitens hätte sie die Bevölkerung mit diesen Tatsachen genau so intensiv vertraut machen müssen wie sie ihre Schutzmaßnahmen beworben hat. In anderen Ländern ist

zumindest Letzteres geschehen, was bei uns, offenbar um das Angstklima aufrecht zu erhalten, verabsäumt worden ist.

Unabhängig davon war in Österreich bereits Ende März aufgrund der Datenlage erkennbar, dass es zu einem Kollaps des Gesundheitssystems nicht kommen wird, was zu verhindern ja der Hauptzweck des Covid-19-Gesetzes gewesen ist. (Mit einem intakten Gesundheitssystem lässt sich jeder Virenangriff, der immer und überall möglich ist, meistern.) Eine schrittweise Lockerung hätte also bereits zu diesem Zeitpunkt einsetzen können, um den psychischen, sozialen und ökonomischen Schaden so klein wie möglich zu halten. Auch die Leistungen der Krankenhäuser zur Versorgung anderer Patienten hätten natürlich wieder hochgefahren werden können bzw. sogar müssen.

Was aber hat uns der Herr Bundeskanzler in Begleitung von drei anderen – damals noch nicht verummten – Gestalten am 30. März in einer Fernsehansprache erklärt? Dass uns die große Katastrophe erst bevor stehe und dass zu den bisher geltenden Vorschriften nun auch noch das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes hinzukomme. Wie immer geschickt hat er auf die fehlende Tradition und Akzeptanz dieser Maßnahme in Österreich hingewiesen und um Verständnis geworben, weil diese unausweichlich sei, um ein Massensterben zu verhindern.

Ich war fassungslos, denn ich kannte ja die aktuellen Zahlen und wusste daher, dass das Infektionsgeschehen bereits abebbte und mit einer wesentlichen Verbesserung der Lage zu rechnen war. Genauso fassungslos war offensichtlich auch Herr Dr. Martin Sprenger, der nach seinem Medizinstudium die Ausbildung zum Master of Public Health absolvierte und seit 2010 diesem Fachbereich an der MedUni Graz vorsteht. Der hat nämlich nach dem genannten Kanzler-Auftritt seine ehrenamtliche Funktion als Mitglied des Corona-Expertenrates zurückgelegt und tritt seither zwar nicht als einziger, aber wohl sehr gewichtiger Kritiker der Regierungspolitik auf. In einem Offenen Brief an den Gesundheitsminister hat er am 29. Mai unter anderem folgende Aussagen getroffen, Kürzungen sind durch [...] angedeutet:

„Eine Eskalation der Angst und eine weitere Verschärfung der präventiven Maßnahmen stand ab Anfang April nicht mehr in Relation zu dem damit erzielten Nutzen. Zu diesem Zeitpunkt war klar, dass der Peak erreicht ist und bis Ostern die effektive Reproduktionszahl unter 1 fällt. Spätestens ab Anfang April hätte die Regierung daher alles tun müssen, um [...] den gesundheitlichen, psychischen, sozialen und ökonomischen Schaden [...] so gut wie möglich zu minimieren. Das hat sie nicht gemacht. Der Schaden der präventiven Maßnahmen wurde größer als der Nutzen.“

Die Medien und das Rote Kreuz

Dass praktisch alle Mainstream-Medien, vom Boulevard bis zu den (einstmals) seriösen Tageszeitungen, die Maßnahmen der Regierung nicht nur nicht hinterfragt, sondern teilweise geradezu bejubelt haben, das hat mich angesichts der fetten Subventionen und Werbeeinnahmen mit ganzseitigen Corona-Inseraten auf Kosten aller Steuerzahler nicht mehr überrascht. Unangenehm berührt war ich hingegen vom Verhalten des nach meinem bisherigen Empfinden überparteilichen Roten Kreuzes. Mit dem Spruch „Die Bundesregierung und das Rote Kreuz“ hat diese Institution alle von Kurz & Co. dekretierten Maßnahmen mitgetragen und ungefiltert gutgeheißen, was ja wohl auch nicht die einhellige Meinung all ihrer Experten gewesen sein kann.

In einem Brief vom 15. Mai habe ich dem RK meinen Unmut darüber wie folgt zur Kenntnis gebracht: *„Als langjähriger Förderer ihrer zweifelsohne verdienstvollen Institution bin ich entsetzt über Ihre undifferenzierte Unterstützung der Bundesregierung. Sie lassen sich da mit*

Ihrem guten Namen m. E. vorrangig als Werbeträger für deren Corona-Politik missbrauchen. Das gilt insbesondere hinsichtlich der völlig überzogenen Mundschutz-Kampagne. Die tagtäglich geschalteten ganzseitigen Inserate bzw. die Aufträge dazu korrelieren ganz offensichtlich mit einer regierungsfreundlichen Berichterstattung in den entsprechenden Medien.“

Einem Aufsatz mit dem Titel „Die Medien ‚machen‘ die Corona-Politik“ des Medienexperten Bernd Stracke im Genius-Brief V-VI 2020 (siehe www.genius.co.at) habe ich dann (neben vielen anderen Merkwürdigkeiten) entnommen, dass es zwischen dem Roten Kreuz und der ÖVP etliche personelle Verknüpfungen gibt, was die von mir kritisierte undifferenzierte Werbung des RK für die Regierungspolitik zu erklären vermag.

Die „gefährliche Drohung“ des Gesundheitsministers

Einer der wenigen echten Kritiker der Corona-Politik der Bundesregierung mit täglichen Kommentaren dazu war Chefredakteur Michael Fleischhacker von „Addendum“. Dieses Medienprodukt gehört (wie „Servus-TV“) zum Geschäftsbereich des Didi Mateschitz, ist daher von staatlichen und halbstaatlichen Subventionen unabhängig und kann den „Hecht im Karpfenteich“ spielen, welcher Vergleich die österr. Medienlandschaft wohl ganz gut charakterisiert. Am 25. März kommentierte Fleischhacker eine Aussage von Gesundheitsminister Anshober wie folgt, Kürzungen sind wiederum durch [...] gekennzeichnet:

» Die zweite Woche Ausnahmezustand und Homeoffice geht bald zu Ende, und schön langsam zeigt sich, wohin der Märzchase nach der Pandemie laufen wird. [...] Man scheint zunehmend Gefallen an der Idee des Ausnahmezustands zu finden, und Probleme, die man auf diese Weise lösen könnte, gibt es in ausreichender Zahl, allen voran das Klimaproblem. [...] Ich bin nach wie vor erstaunt, mit welcher Selbstverständlichkeit dieser Tage ein Interview zur Kenntnis genommen wurde, das im öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit dem für seine Sanftheit geliebten Sozial- und Gesundheitsminister Rudolf Anshober geführt wurde. Die entscheidenden Passagen im Originaltranskript:

Interviewer: „Sie sind Bundesminister der Grünen. Am Coronavirus zeigt sich ganz gut, dass drastische Maßnahmen möglich sind, wenn es um viele Menschenleben geht. Bei der Erderhitzung, beim Feinstaub, geht es auch um viele Menschenleben. Warum, denken Sie, kommt es hier zu nicht so drastischen Maßnahmen [...]?“ Anshober: „Es ist wirklich beachtlich, [...] dass wir Dinge in die Wege geleitet haben, wo wahrscheinlich jeder vor einer Woche gesagt hätte, das ist unmöglich in Österreich. Dieses Denken werden wir beim Klimaschutz, bei der größten globalen Krise, die wir haben, genauso brauchen. Ich halte das für einen Lernprozess, und ich freu' mich darauf, dass dann, wenn wir die Corona-Krise gut überstanden haben, dass wir dann die Klima-Krise mit einer ähnlichen politischen Konsequenz angehen.“

Es findet inzwischen tatsächlich niemand mehr etwas dabei, dass ein grüner Minister fröhlich vom Ausnahmezustand schwadroniert, mit dem wir nach unseren Großeltern auch unsere Enkel retten werden. [...] Dass Dinge, von denen man aus guten Gründen vor zwei Wochen geglaubt und gehofft hat, dass sie in Österreich unmöglich sind, nun doch akzeptiert werden, hält ein grüner Minister [...] für einen „Lernprozess“. Und niemand widerspricht. [...]

Was genau ist eigentlich los mit einer Gesellschaft, die sich innerhalb von nicht einmal zwei Wochen widerstandslos dem Ökofaschismus an die Brust wirft und sich überhaupt nicht mehr um das schert, was wir noch vor zwei Wochen als die wesentlichen Errungenschaften unserer Zivilisation abgefeiert haben, [...] ? Um zweckdienliche Hinweise wird gebeten. «

Der Klimawandel und das CO2

Diese in meinen Augen schier unfassbare Ansage des Gesundheitsministers, man werde die Klima-Krise „mit einer ähnlichen politischen Konsequenz“ angehen wie die Corona-Krise, war für mich der Anlass, das Vorgehen der Regierungsverantwortlichen ab diesem Zeitpunkt (25. März) genauer zu hinterfragen – und letztlich auch der Anstoß für diesen Aufsatz. Im Zuge seines Entstehens war ich mehrmals nahe daran, die Arbeit abzubrechen, weil ich nicht darauf aus bin, alles in Grund und Boden zu verdammnen, was in dieser schwierigen Lage dekretiert worden ist. Eine Wortmeldung von IV-Präsident Georg Kapsch im „profil“, welche die folgenden zwei Schlüsselsätze enthält, hat mich dann aber doch dazu bewogen, die Sache zu Ende zu bringen: *„Die Debatte darüber, was sinnvoll ist und was nicht, ist meiner Meinung nach nicht ausreichend geführt worden. Für mich persönlich ist es auch eine schlimme Erkenntnis, dass man Menschen in kurzer Zeit von Dingen überzeugen kann, die aus meiner Sicht jeder Faktenbasis entbehren.“*

Hinsichtlich der Klima-Krise ist eine ohne ausreichende Faktenbasis geschaffene Überzeugung leider schon sehr weit fortgeschritten, nämlich jene, dass am völlig unstrittigen Klimawandel vor allem die CO₂-Emissionen schuld seien. Im kürzlich erschienenen Büchlein „Klimareligion“ handelt ein Diplom-Ingenieur für Verfahrenstechnik auf über 100 Seiten alle Vorgänge ab, die mit dem Temperatúraustausch in unserer Atmosphäre zu tun haben, und kommt zu dem Schluss: *„Fakt ist, dass CO₂ für sich genommen keinen besonders relevanten Einfluss auf die Entwicklung unseres Klimas haben kann.“* Das deckt sich mit Statements von zwei Universitäts-Professoren für Physik (TU Wien), nämlich Peter Skalicky und Rudolf Burger, bei einer Diskussion im Club Unabhängiger Liberaler in Wien am 16. Oktober 2012, bei der ich anwesend war.

Ich gehe also davon aus, dass die CO₂-Verteufelung, die ganze Wirtschaftszweige lahmlegen könnte, zumindest übertrieben wird. In der Schule ist uns CO₂ jedenfalls als das für unser Leben auf der Erde wichtigste Spurengas vorgestellt worden, dem Pflanzen ihr Wachstum verdanken und die dabei auch noch den für die Atmung aller Menschen und Tiere wichtigen Sauerstoff erzeugen. Damit ist wohl einsichtig, dass es gar nicht genug Grünflächen auf unserem Planeten geben kann, dass also die Rodung der Ur- und Regenwälder ein Klimaverbrechen ist und ebenso die immer weiter fortschreitende Bodenversiegelung, ganz abgesehen davon, dass Asphalt und Beton die von der Sonne empfangene Hitze viel länger und viel intensiver speichern als eine grüne Wiese. Damit wäre etwa die Altbausanierung – wie überhaupt jede sinnvolle Reparatur gegenüber Neuanschaffungen – zu bevorrangen.

Lehren aus der Krise

Das Geschwafel von der „neuen“ Normalität kann ich zwar auch nicht mehr hören, aber ein paar Lehren aus der Krise lassen sich wohl ziehen. Zur „alten“ Normalität sollten wir jedenfalls nicht zurückkehren, weil in dieser das rationale Denken, das zwischen wichtig und unwichtig, zwischen natürlich und künstlich, zwischen allgemeinem Nutzen und persönlichem Vorteil zu unterscheiden vermag, schon weitgehend verloren gegangen ist. Güter des täglichen Bedarfs, also z. B. Lebensmittel, um die halbe Welt zu schicken, gehört zu den Abartigkeiten unserer Zeit, die sich durch nichts rechtfertigen lassen. (Lebendtiertransporte über weite Strecken fallen in dieselbe Kategorie.) Die Krise hat uns gelehrt, wie wichtig Nahversorgung ist und dass wir unsere dafür sorgenden Landsleute und ihre mühsame Arbeit entsprechend schätzen müssen und dass uns diese Arbeit, auch hinsichtlich der Landschaftspflege, etwas wert sein muss. Daher sollte auch die Renationalisierung der Landwirtschaft in der EU kein Tabu-Thema sein. In keinem anderen Wirtschaftsbereich sind die

Produktionsbedingungen in Europa derart unterschiedlich und Großbetriebe derart problematisch; ein fairer Wettbewerb über alle Grenzen hinweg ist in diesem Bereich daher ohnehin unmöglich. (Von globalen Wettbewerbsverzerrungen – Stichwort Mercosur – will ich jetzt gar nicht reden.)

Die abschließenden Gedanken zur Familie sind teilweise wörtlich einem Rundbrief meines lieben Bundesbruders und Salzburger Arztes Dr. Toni Heiser entnommen. Heiser verweist auf eine Untersuchung der Universität Osnabrück, die gezeigt habe, dass es bei der Isolation zufolge der Corona-Maßnahmen jenen Personen am besten erging, die in familiäre Strukturen eingebunden waren. Bei Einzelgängern oder in Wohngemeinschaften gab es viel mehr Stress und Unzufriedenheit. Die Keimzelle Vater, Mutter, Kind bietet in Krisenzeiten den größten Schutz. Das Virus brachte Familien und Lebenspartner einander näher. Das widerspricht allen Aktivisten und Zeitgeisthörigen, welche familiäre Bindungen für überholt und die glückliche Familie für eine Lüge halten. Zum Beispiel fordert die deutsche Politaktivistin Bini Adamczak dezidiert die Abschaffung der Familie. Kinder dürfen nicht ihren Eltern, sondern müssen der Gesellschaft überantwortet werden. Um ihre (Er)zeugung und ihr Heranwachsen sollen sich Leihmütter und Leihväter in einer quasi Polyelternschaft kümmern.

Etwas weniger pathologisch, aber doch äußerst bedenklich ist das inzwischen mehrfach publizierte Klagegeheul der Feministinnen, die Krise habe tradierte Rollenbilder wieder aufleben lassen und die Gleichstellungs-Bemühungen der Frauenbewegung um 50 Jahre zurückgeworfen. Fakt ist hingegen, dass überall dort, wo Ehe und Familie noch ernst genommen werden, es sich als Vorteil erwiesen hat, dass Väter und Mütter in dieser Zwangslage gleichermaßen vermehrt für ihre Kinder da sein konnten. **Lasst uns die Corona-Krise daher als eine Chance nützen, um der Frage nach der Sinnhaftigkeit unseres Daseins, den Erfordernissen der Natur und einer ihr angepassten Lebensgestaltung wieder jene Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, die sie verdient!**